

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG
EUROPA

DISKUSSIONSPAPIER

Ein grüner Kompass für die Energie- und Rohstoffbeziehungen zwischen der EU und Russland

VON WALTER KAUFMANN UND ROBERT SPERFELD

Berlin, April 2021, Referat Ost- und Südosteuropa, Heinrich-Böll-Stiftung

Zusammenfassung

- Die Dekarbonisierung wird einen Strukturbruch in der bislang auf den Export fossiler Energieträger ausgerichteten russischen Energiewirtschaft und in den bislang von Öl und Gas dominierten europäisch-russischen Handelsbeziehungen hervorrufen.
- Die russische Energiestrategie setzt einstweilen weiter auf wachsende Exporte fossiler Energieträger – aus dem Europäischen „Green Deal“ ergibt sich aus russischer Sicht eine „Bedrohung der fiskalischen Sicherheit“.
- Eine Substituierung von Öl und Gas durch Produktion und Export von Wasserstoff aus Russland ist auf absehbare Zeit technisch und wirtschaftlich kaum realistisch. Im Rahmen einer umfassenderen sozial-ökologischen Transformation ist es dennoch eine von mehreren sinnvollen Komponenten, die Potenziale der grünen Wasserstofftechnologie für die europäisch-russische Energiezusammenarbeit zu erforschen und zu entwickeln.
- Die deutsche und europäische Klima- und Energiepolitik vis-à-vis Russland sollte sich v.a. an den folgenden Zielen orientieren
 - o Kommunikation der Hintergründe des Green Deal und Chancen der Zusammenarbeit im Bereich der Dekarbonisierung
 - o Entwicklung vorausschauender Angebote für eine Anpassung und Diversifizierung der russischen Volkswirtschaft, darunter eine langfristige Zusammenarbeit beim „grünen“ Wasserstoff
 - o Einbindung Russlands in das globale Klimaschutzregime – Russland aktive Beteiligung ist als weltweit fünftgrößter Emittent von Treibhausgasen und flächengrößtes Land der Welt unabdingbar
 - o Einbezug der europäischen und russischen Zivilgesellschaften

Einführung

Die deutsch- bzw. europäisch-russischen Energie- und Rohstoffbeziehungen stehen vor einem fundamentalen Wandel. Die weltweiten Bemühungen zur Dekarbonisierung, darunter der European Green Deal der Europäischen Union, werden globale Handelsbeziehungen grundlegend verändern. Insbesondere die bisherigen Exporteure fossiler Energierohstoffe müssen sich schon in diesem Jahrzehnt auf einen massiven Nachfragerückgang für Erdöl und Kohle einstellen. Spätestens ab der nächsten Dekade sinkt auch der Gasbedarf. Angesichts der Bedeutung, die vor allem die Einnahmen aus dem Ölgeschäft für die fiskalische Stabilität Russlands haben, stellt dieser Trend das Land vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig wird Russland unbedingt als Partner für den globalen Klimaschutz gebraucht: Das Land ist ein substanzieller Emittent von Treibhausgasen und aufgrund seiner Geographie und Größe auch von großer Bedeutung für die Bindung von Kohlenstoff etwa in Wäldern und Mooren und in Permafrostböden. Deshalb ist es unerlässlich, Russland in ein Regime von Emissionsminderungen auf Basis des von Russland ratifizierten Pariser Klimaabkommen einzubinden. Die Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland bzw. der EU und Russland und die Drangsalisierung unabhängiger Zivilgesellschaft in Russland verkompliziert die Ausgangssituation für konstruktive Gespräche mit Russland zu diesen Fragen erheblich.

Dieses Arbeitspapier der Heinrich-Böll-Stiftung soll als Anstoß zur Debatte über die Zukunft der deutsch- bzw. europäisch-russischen Energiebeziehungen im Lichte dieser Herausforderungen dienen.

Bestandsaufnahme – Öl und Gas dominieren Energiebeziehungen

Der Handel zwischen Russland und Deutschland bzw. der EU ist vielfältig. Dennoch dominieren Erdöl und Erdgas diese Wirtschaftsbeziehungen. Aus Russland kamen im Jahr 2018 ca. 30% der gesamten Ölimporte sowie mehr als 40% der Gasimporte in die Europäische Union. Für Deutschland sind diese Importe von zentraler Bedeutung für die Energieversorgung. 35% des Primärenergiebedarfs werden aus Öl und weitere 25% aus Gas gedeckt. Gemessen am Geldwert machen Ölprodukte allein ca. 40% der russischen Exporte in die Europäische Union aus, das sind ca. 60 Milliarden Euro pro Jahr. Erdgas ist für weitere 18% verantwortlich¹.

Im Durchschnitt der Jahre 2015-2018 machten die Gewinne aus dem Öl- und Gasexport 23% der gesamten Einnahmen des russischen Staatshaushalts aus². Damit ist Russlands Wirtschaft insgesamt in hohem Maße von diesen Exporten und ihren Weltmarktpreisen abhängig und somit anfällig für Nachfrage- und Preisschocks. Russland zeigt Merkmale einer klassischen Rentenökonomie: mangelnde Innovationskraft für eine Diversifizierung der Wirtschaft, enge Verbindung von oligopolistischen Großunternehmen mit einem autoritären Staat.

¹ <https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/pdfscache/46126.pdf>

² <https://carbontracker.org/reports/petrostates-energy-transition-report/>

Die Abhängigkeit der Europäischen Union von russischen Lieferungen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich abgeschwächt. Der weltweite Handel mit Flüssiggas LNG hat zugenommen. Die nötige Infrastruktur wie Terminals zur Aufnahme von LNG und die Verbindung der Gasnetze innerhalb der EU und mit den Nachbarländern wurden ausgebaut. Für Erdöl bestand ohnehin bereits ein vergleichsweise flexibler Weltmarkt mit diversen Anbietern.

Im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit steht aktuell der Bau der neuen Gaspipeline North Stream 2, die die Verbindung Deutschlands und Russlands im Erdgashandel deutlich intensivieren und die Verfügbarkeit von Gas erhöhen soll. Zum in der europäischen Energieunion formulierten strategischen Ziel der Diversifizierung der Lieferquellen und Transportrouten steht sie jedoch in klarem Widerspruch³. Zudem widerspricht die North Stream 2 zugrundeliegende Annahme einer insgesamt steigenden Nachfrage für Gasimporte den in der EU vereinbarten Zielen der Dekarbonisierung und der Reduzierung der CO₂-Emissionen um 55% (verglichen mit dem Basisjahr 1990) bis 2030. Dies kann nur mit einem substantiell reduzierten Erdgasverbrauch erreicht werden.

Die bilaterale deutsch-russische Rohstoffkooperation hat - insbesondere mit dem Projekt North Stream 2 - die innereuropäischen Machtungleichheiten verstärkt und ist dadurch zu einem europäischen Zankapfel geworden. Ostmitteleuropäische Staaten sehen ihre Energie- und sicherheitspolitischen Interessen bedroht, was Zwietracht und negative historische Assoziationen weckt.

Aus Umwelt- und Klimaschutzperspektive und wegen ihrer herausragenden sozioökonomischen Bedeutung für bestimmte Bergbauregionen sind auch die russischen Kohleexporte von großer Relevanz. Für Deutschland ist Russland bis heute auch hier der wichtigste Lieferant, und für Russland ist Deutschland der größte Abnehmer in Europa. Ganze Regionen, insbesondere der sibirische Kusbass, sind maßgeblich auf diese Handelsbeziehung ausgerichtet. Für den Export der Kohle sind die privaten russischen Kohlekonzerne auf massive staatliche Subventionen insbesondere für die Transportinfrastruktur innerhalb Russlands angewiesen⁴. Durch Ausbau der Eisenbahnnetze und neue Kohleterminals im Fernen Osten und am Schwarzen Meer wird derzeit versucht, den Kohleexport zu diversifizieren. Ein Erfolg dieser Bemühungen erscheint angesichts der weltweiten Trends ungewiss.

Die durch den Kohleabbau verursachten Folgeschäden für Umwelt und Gesundheit sind immens: Insbesondere der Steinkohle-Tagebau führt lokal zu großflächiger Landschaftszerstörung und zu katastrophaler Luftverschmutzung, die die Gesundheit zehntausender Menschen in Russland ruiniert.

Auf deutscher Seite zeigt die Dekarbonisierung im Fall der Kohle bereits konkrete Ergebnisse. 2020 haben sich die deutschen Steinkohleimporte im Vergleich zu 2015 aufgrund von CO₂-Preisen und zuletzt auch einem pandemiebedingten Nachfragerückgang bereits um zwei Drittel reduziert⁵. Steinkohle steht nur noch für 8% des deutschen Primärenergieverbrauchs⁶.

3 Vgl. <https://www.boell.de/de/2018/06/11/acht-gruene-gruende-fuer-den-verzicht-auf-nord-stream-ii>

4 Vgl. Fortescue/ Martus 2020 in „Osteuropa“ Nr. 7-9/2020 S.122ff

5 <https://www.kohlenimporteure.de/home.html#slide-10>

6 https://static.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2021/2020_01_Jahresauswertung_2020/200_A-EW_Jahresauswertung_2020_WEB.pdf (S.13)

Die Europäische Union hat 2019 mit dem European Green Deal eine umfangreiche Strategie für eine fundamentale Transformation ihrer Wirtschaft mit dem Ziel der Dekarbonisierung bzw. Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 vorgelegt. In 2021 sind weitere Weichenstellungen zu Anreizmechanismen zur Erreichung der Ziele zu erwarten - wie Reformen des Emissionshandels, der Besteuerung von Energieträgern sowie zum Handel mit CO₂-intensiven Gütern. Noch hinken die Mitgliedsstaaten der EU ihren eigenen Ambitionen aber hinterher, und Profiteure der bisherigen fossilen Wirtschaft versuchen, den Wandel auszubremsen.

Die „Energiesicherheitsdoktrin“ Russlands von Mai 2019 bezeichnet – trotz der russischen Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens wenige Monate später – Dekarbonisierung und erneuerbare Energien als Bedrohungen seiner Volkswirtschaft. Unterbrechungsfreie Exporte von Energieträgern werden als integraler Bestandteil der nationalen und fiskalischen Sicherheit des Landes angesehen⁷. Staatlicherseits sind keine ernsthaften Ziele in Richtung einer „grünen“ Transformation vorgesehen. Per Dekret setzte Präsident Putin im November 2020 für Russland das Ziel einer „Reduzierung“ der Treibhausgasemissionen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens auf 70% des Niveaus von 1990 fest⁸ - 2017 erreichten die Treibhausgasemissionen Russlands jedoch nur 50% im Vergleich zu 1990. Das Ziel ist somit eine deutliche Steigerung der Emissionen. Und auch das ambitionierteste Szenario des Wirtschaftsministeriums geht von einem Wachstum der Emissionen noch bis 2030 aus. Der Anteil von Wind und Sonne am russischen Strommix beträgt aktuell lediglich 0,25%. Auch viele Energieeffizienzpotenziale liegen brach⁹.

Ausblick: Strukturbruch in der Energiewirtschaft und den deutsch- und europäisch-russischen Handelsbeziehungen

Die Bestandsaufnahme verdeutlicht die Gegensätzlichkeit der Zielsetzungen auf der europäischen und der russischen Seite. Die Klimakrise und die von ihr erzwungene globale energie- und klimapolitische Wende, zu der sich die Unterzeichnerstaaten des Pariser Abkommens verpflichtet haben, machen die bisherige, vorrangig auf fossile Rohstoffe ausgerichtete Zusammenarbeit zu einem klimapolitischen Anachronismus.

Trotz aller zu erwartenden Einbußen durch die Reduzierung der Exporte fossiler Ressourcen ist die Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf weniger als 2°C über dem langjährigen Mittel auch eine ökonomische Notwendigkeit für Russland. Die wirtschaftlichen und humanitären Folgekosten eines darüber hinaus gehenden Klimawandels sind aller Wahrscheinlichkeit nach höher als die Kosten einer Dekarbonisierung. Auftauende Permafrostböden, schmelzende Gletscher, Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels sollten gerade in Russland als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen werden.

Sicher - hier ist die Rede von mittel- bis langfristigen Tendenzen. Auf kurze und mittlere Sicht bleibt der Handel mit Energierohstoffen für beide Seiten von großer Bedeutung.

⁷ <https://minenergo.gov.ru/node/14766>

⁸ <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202011040008>

⁹ Vgl. Davydova 2020 on Osteuropa Nr. 7-9/ 2020, S. 37ff

Veränderungen brauchen Zeit und erfolgen graduell, haben aber schon jetzt erhebliche Auswirkungen, wie das Beispiel der Kohle zeigt. Der deutsche energiepolitische Think Tank Agora-Energiewende hält eine Halbierung des Ölverbrauchs in Deutschland bis 2030 für möglich¹⁰. Der weltweit agierende Mineralölkonzern BP erwartet eine Halbierung der globalen Ölnachfrage innerhalb von 30 Jahren¹¹. Ölkonzerne verlieren an den Finanzmärkten massiv an Wert, ihre Kreditratings stürzen ab, mit ihnen auch die Ratings russischer Staatsanleihen. Der Importbedarf Deutschlands für Erdgas dagegen wird sich aller Voraussicht nach in der kommenden Dekade noch nicht substantiell verringern. Angesichts der Gleichzeitigkeit von Atomausstieg und Reduzierung des Kohleeinsatzes wird die Rolle von Erdgas einstweilen zur Balancierung der erneuerbaren Stromerzeugung noch wachsen. Mittel- bis langfristig ist aber von einem Rückgang des Gasbedarfs auszugehen, da derzeit der größere Teil des Erdgases für die Wärmeerzeugung in Haushalten und der Industrie genutzt wird – Bereiche, in denen große Einsparpotenziale durch Gebäudeeffizienz, erneuerbare Wärmeerzeugung und neue Herstellungsverfahren zum Tragen kommen dürften.

Die auf die Finanzmärkte spezialisierte Denkfabrik Carbon Tracker erwartet in einem globalen Low Carbon Szenario für Russland bis 2040 eine Verringerung der jährlichen Erlöse aus dem Öl- und Gasexport um 47% durch geringere Exportvolumina und sinkende Weltmarktpreise¹². Hohe Anteile am weltweiten Ölmarkt werden diejenigen Produzenten behalten, die den Rohstoff zu den geringsten Kosten fördern können. Nur so lange die bestehenden kostengünstigen Förderstätten in Westsibirien genutzt werden können, die derzeit gut die Hälfte der Förderung decken, dürfte Russland noch gut im Geschäft bleiben.

Konsequenzen und Potenziale der Dekarbonisierung für die russische Volkswirtschaft

Eine konsequente und erfolgreiche Dekarbonisierungsstrategie der EU stellt das politische und ökonomische System Russlands mittelfristig vor existenzielle Herausforderungen, die allein mit einem Umsteuern von Exportströmen „nach Süden und Osten“ nicht zu bewältigen sein werden. Auch der potenziell größte Abnehmer fossiler Rohstoffe China hat umfangreiche Dekarbonisierungsziele vorgelegt.

Die Chancen und Potenziale der Dekarbonisierung sind für Volkswirtschaften mit substantiellen Netto-Exporten fossiler Energieträger anders zu bewerten als für Importeure. Für die Exportländer verschlechtert sich tendenziell die Handelsbilanz und der Devisenzufluss, sofern die wegbrechenden Exporte nicht wertmäßig durch andere Güter ersetzt werden können. Eine solche Entwicklung zwingt Russland zur Diversifizierung seiner Wirtschaft, möglicherweise hervorgerufen oder begleitet auch von Währungsabwertungen, wie sie in den letzten Jahren zu beobachten sind.

Negative Auswirkungen ließen sich am besten vermindern und Chancen am besten ergreifen, wenn sich Russland weitsichtig auf die bevorstehenden Strukturbrüche vorbereiten und den Transformationsprozess proaktiv gestalten würde. Hierzu könnte z.B. der Verzicht auf

¹⁰ <https://www.agora-energiewende.de/en/publications/towards-a-climate-neutral-germany-executive-summary/>

¹¹ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimakrise-opec-erdoel-1.5219092?reduced=true>

¹² <https://carbontracker.org/reports/petrostates-energy-transition-report/>

teure Investitionen zur Neuerschließung von Lagerstätten zählen, oder eine langfristige Planung der Reduzierung der Fördervolumina, um den Preisverfall durch Überangebote auf den Märkten zu begrenzen. Mit heutigen Erlösen der Rohstoffexporte können Fonds aufgebaut werden, mit denen Investitionen in die Diversifizierung geschultert werden können, anstatt nicht mehr zukunftsfähige Unternehmungen durch Subventionen noch ein paar Jahre länger künstlich „über Wasser“ zu halten. Dies würde die Resilienz der russischen Wirtschaft gegen externe Schocks erhöhen.

Derzeit droht Russland bei Zukunftstechnologien wie erneuerbaren Energien, Effizienz und Energiespeichern von den Entwicklungen auf den Weltmärkten abgehängt zu werden. Je frühzeitiger sich das Land einer Transformation öffnet, desto mehr und schneller kann Russland auch von neu entstehenden Märkten für Waren und Dienstleistungen in einer dekarbonisierten Welt profitieren. Zahlreiche russische Unternehmen sind hier schon viel weiter als die Regierungspolitik und entwickeln innovative Lösungen. Auf regionaler Ebene gibt es Vorreiter wie die Insel Sachalin, die sich zur Pilotregion für Klimaschutz erklärt hat. Die europäische Diskussion über Grenzausgleichsmechanismen für den Kohlenstoffgehalt von Waren (CBAM) findet auch in Russland große Aufmerksamkeit. Die EU sollte das Instrument auf eine Weise ausgestalten, die auch in den exportierenden Ländern eine nachhaltige Transformationsagenda unterstützt und Exportchancen für technologische Vorreiter bietet.

Perspektive Wasserstoff - Kein schneller Ersatz für Öl und Gas

Auch in einer dekarbonisierten Wirtschaft werden Deutschland und die EU nach den bisherigen Szenarien in ihrer Energieversorgung nicht autark sein und auf Energieimporte angewiesen bleiben. Bundesregierung und EU-Kommission setzen hierfür v.a. auf den Import von klimaneutral erzeugtem Wasserstoff. Innerhalb der Europäischen Union wird absehbar nicht ausreichend klimaneutral erzeugter Strom zur Verfügung stehen, um die benötigten Wasserstoffmengen zu erzeugen. Woher dieser Wasserstoff kommen soll, ist derzeit vollkommen offen. Erwartet wird die Entstehung eines globalen Marktes vergleichbar den heutigen Öl- oder Gasmärkten. Der weltweite Hype um den Wasserstoff hat auch die Debatten im Rahmen der deutsch-russischen Energiebeziehungen erreicht. Denkbar scheint, dass Russland mit seinen großen Flächen, die zur Erzeugung von Wind- und Solarstrom genutzt werden können, perspektivisch Anteile an diesem neu entstehenden Weltmarkt erlangt und substantiell zur Wasserstoffversorgung beitragen kann.

Dem Ziel des globalen Klimaschutzes ist dabei aber nur genüge getan, wenn Exporte von Wasserstoff einher gehen mit einer umfangreichen energetischen Transformation und Dekarbonisierung im Innern des Landes. Neben dieser generellen Einschränkung sprechen v.a. drei Faktoren gegen eine schnelle Entwicklung von Wasserstoffexporten in die EU:

Zunächst sind technologische Diskrepanzen auszumachen. Während die EU v.a. auf erneuerbaren Energien beruhenden „grünen“ Wasserstoff nachfragt, geht die russische

Wasserstoffdebatte im Wesentlichen von Erzeugung auf Basis von Erdgas oder Atomstrom aus. Dies kann aus Klimaschutzperspektive nicht als Lösung betrachtet werden. Erzeugung aus Erdgas wird selbst mit einer teuren Abscheidung von Kohlenstoff nicht klimaneutral, wenn Methanleakagen in der Gasförderung mitberücksichtigt werden. CO₂-armer "überschüssiger" Strom aus vorhandenen Atom- oder großen Wasserkraftwerken könnte aus betriebswirtschaftlicher Perspektive für die Umwandlung in Wasserstoff eine Rolle spielen. Die Atomstromoption wird allerdings in weiten Teilen Europas auf große Akzeptanzprobleme stoßen. Wasserstoffproduktion aus Wasserkraft wird dann zum grünen Etikettenschwindel, wenn dafür der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromproduktion in Russland selbst schwindet.

Zweitens sind derzeit noch keine wirtschaftlich tragfähigen Geschäftsmodelle für Erzeugung und Transport von Wasserstoff über große Distanzen absehbar. Der Aufbau von Transportinfrastruktur für Wasserstoff wird sehr große Anfangsinvestitionen erfordern, selbst wenn es einmal möglich werden sollte, dafür bestehende Pipelinesysteme umzuwandeln. Technische Standards und Regulierung müssen erst entwickelt werden. Gewinnmargen in der Art des heutigen Öl- oder Gasgeschäfts erscheinen kaum realistisch. Aufgrund der Transportkosten ist zunächst der Ausbau der lokalen Nutzung und Verarbeitung sinnvoll, bevor in Größenordnungen exportiert werden kann.

Drittens ist davon auszugehen, dass ein Weltmarkt für Wasserstoff in substantiellen Mengen frühestens in der nächsten Dekade entstehen wird. Der Rückgang des volkswirtschaftlich für Russland so bedeutsamen Ölexportes wird voraussichtlich schon zuvor deutlich spürbar.

Fazit: Eine schnelle Substituierung von Öl und Gas durch Wasserstoff ist gegenwärtig nicht realistisch und zu eindimensional. Eine Strategie nach dem Motto „Neuer Stoff in alten Röhren“ führt nicht automatisch zu einem klimapolitisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsmodell. Vielmehr sind dafür eine Entflechtung und Dezentralisierung des Energiesystems, eine Steigerung der Energieeffizienz, technologische Lösungen für Kreislaufwirtschaft und anderes mehr erforderlich. Auf diese Bereiche sollte sich die europäisch-russische Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mindestens ebenso richten wie auf die Gewinnung grünen Wasserstoffs.

Aufgaben und Potenziale zukünftiger energiepolitischer Zusammenarbeit mit Russland

Auf deutscher und europäischer Seite sollte die energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland in den nächsten Jahren folgende Ziele verfolgen:

1. **Green Deal erklären:** Der European Green Deal wird in Russland bislang v.a. als Bedrohung für die Sicherheit des Landes wahrgenommen oder sogar im Zusammenhang mit der Sanktionspolitik gegen Russland als feindseliger Akt unter dem Vorwand des Klimaschutzes angesehen. Tatsächlich bedeutet die Abkehr von fossilen Rohstoffen eine Bedrohung für veränderungsunwillige Profiteure der

bisherigen Rentenökonomie. Hier ist es Aufgabe der deutschen Klimadiplomatie, mit progressiven Akteuren in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft den Austausch über Intentionen und Hintergründe des Green Deal zu suchen und dabei insbesondere auch Vorteile und positive Entwicklungschancen herauszustellen.

2. **Russland in das globale Klimaschutzregime einbinden:** Russland ist „too big to fail“ für den globalen Klimaschutz. Die deutsche und europäische Energie- und Klimapolitik sollte versuchen, Russland in das globale Klimaschutzregime aktiv einzubinden und dafür konstruktive Gespräche suchen, sowohl bilateral als auch in den Gremien der internationalen Klimaverhandlungen. Ergebnis könnten aus der EU finanziell unterstützte Modellvorhaben im Rahmen eines globalen Systems für Unterstützung zur Transformation im Austausch gegen die Nichtausbeutung fossiler Rohstofflagerstätten sein. Ferner sind Instrumente denkbar, die die europäische Handelsmacht als Großabnehmer von Energieressourcen aus Russland an eine konstruktive Beteiligung des Landes am globalen Klimaregime knüpfen.
3. **Historische Mitverantwortung für Strukturwandel übernehmen:** Jahrzehntlang ist Deutschlands Wohlstand auch Dank der zuverlässigen Verfügbarkeit russischer fossiler Energieressourcen gewachsen. Somit trägt Deutschland nun Mitverantwortung für die Zukunft im Übergang vom fossilen zum erneuerbaren Zeitalter und für das Auslaufen ganzer Industriezweige insbesondere in monostrukturellen Regionen wie z.B. dem Kusbass, von wo aus viele Jahre lang große Mengen Steinkohle in die EU exportiert wurden. Rohstoffexporteure und -Importeure stehen gemeinsam in der Verantwortung, die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Transformation zu schultern, die – oftmals katastrophalen – ökologischen Folgen der Kohle-, Gas- und Ölförderung zu mildern und an einem zukunftsfähigen, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Modell der Rohstoff- und Energiekooperation zwischen der EU und Russland zu arbeiten.
4. **Glaubwürdigen klimapolitischen Kompass vorgeben:** Aufgabe der politischen Entscheidungsträger*innen auf deutscher und europäischer Ebene ist es, klare Zielstellungen für die zukünftige Entwicklung zu setzen und in diesem Sinne verlässliche Rahmenbedingungen und Anreize für die Wirtschaft zu schaffen. Anderenfalls drohen Fehlinvestitionen in vermeintliche Zwischen- oder Übergangslösungen, die wirksamen Klimaschutz ausbremsen. Dies gilt uneingeschränkt auch für die energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland, insbesondere auch mit Blick auf den entstehenden Markt für Wasserstoff, der klare ökologische Zielvorgaben mit Mehrwert für den globalen Klimaschutz braucht.
5. **Den Einbezug der Zivilgesellschaften beider Seiten sichern:** Der Einbezug der Zivilgesellschaften beider Seiten ist auch deshalb von großer Bedeutung, damit sich Projekte der zukünftigen Zusammenarbeit und gemeinsame Investitionsvorhaben eindeutig an den Kriterien der europäischen Menschenrechtskonvention und internationalen Nachhaltigkeitsstandards ausrichten. Für eine echte klimapolitische Wende sind unabhängige wissenschaftliche Expertise, zivilgesellschaftliches

Monitoring und internationale Vernetzung unerlässlich. Die sich derzeit massiv verschärfende Drangsalierung der russischen Zivilgesellschaft durch den autoritären Staat leistet den Interessen des eigenen Landes einen Bärendienst. Umweltschutz-Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Institute, Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen, die sich ohne Vorab-Genehmigung der Regierung in internationale Zusammenarbeit begeben, werden als „ausländische Agenten“ registriert und müssen sich unter rigiden Strafandrohungen bei jeder öffentlichen Äußerung selbst als solche bezichtigen. Westliche Partner*innen müssen ihren russischen Counterparts bei der Verteidigung zivilgesellschaftlicher Spielräume unbedingt zur Seite stehen.

Wege der Umsetzung und politische Rahmenbedingungen

Die desolaten politischen Beziehungen und der Vertrauensverlust zwischen Deutschland und der EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite sind ein Hindernis für konstruktive Gespräche auch über Rohstoff- und Klimapolitik. Statt vorwiegend bilateraler Formate zwischen Deutschland (als wichtigstem Abnehmer fossiler Rohstoffe) und Russland sollte die zukünftige energie- und rohstoffpolitische Zusammenarbeit europäisiert und auf EU-Ebene koordiniert werden. Um sie vom Kontext geopolitischer Rivalität zu entlasten, sollten Diskussionen mit der russischen Führung zu Klimaschutzinstrumenten wie z.B. CO₂-Grenzausgleichsmechanismen primär im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen bzw. der WTO geführt werden. Das entbindet eine deutsche Regierung aber nicht von der besonderen Verantwortung, im Rahmen der EU eine proaktive klima- und energiepolitische Agenda gegenüber Russland voranzutreiben.

Der Dialog mit Russland kann und sollte aber nicht nur auf Regierungsebene, sondern zusätzlich auf vielen weiteren Ebenen wie der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft geführt werden, die energiepolitisch ohnehin schon viel progressiver aufgestellt sind als die politische Führung und einen Kurswechsel in Russland aus dem Innern des Landes bewirken können.

Dabei lässt sich bereits an einige progressive Ansätze anknüpfen: energiewirtschaftliche Diskussionsforen wie z.B. im Forschungszentrum Skolkovo, der von Umweltorganisationen entwickelte „Grüne Kurs für Russland“, technologische Innovationen in einigen Unternehmen etwa zur CO₂-armen Stahlerzeugung, Pilotprojekte zum Ersatz von Dieselkraftstoffen für Generatoren mit Wind- und Sonnenenergie in netzfernen Gebieten.

Weitere Themen für konkrete Zusammenarbeit können sein (Beispiele):

- die Rekultivierung von Bergbaulandschaften und ökonomische Transformation von Kohleregionen
- der Schutz von Ökosystemen (z.B. Moore) und ihre Verankerung im globalen Klimaregime

- Technologieentwicklung: Wind- und Solartechnologie, Kreislaufwirtschaft, Abfallwirtschaft und Recycling, grüner Wasserstoff
- Entwicklung CO₂-armer Stahl- und Aluminiumindustrie
- Energieeffizienz, Modernisierung des Fernwärmesystems in Städten
- Unterstützung der Dezentralisierung des russ. Energiesystems: Stärkung der Kommunen/Regionen als energiepolitische Akteur*innen
- Technische Zusammenarbeit für Reformen der Besteuerung und Sektorgovernance

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Ost- und Südosteuropa, Walter Kaufmann, E kaufmann@boell.de;
Robert Sperfeld, E sperfeld@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: April 2021

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation versteht sich als Beitrag zur Debatte und stellt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung dar.